

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/155

17. August 1971

Umweltschutz ist Lebensschutz

Erfüllung einer grundgesetzlichen Verpflichtung

Von Walter Krause SPD-MdL  
Innenminister und stellv. Ministerpräsident  
von Baden-Württemberg

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Funknotrufsäulen haben sich bewährt

DRK klagt über sinnlose Zerstörungen

Von Horst Seefeld SPD-MdB  
Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses  
des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 42 Zeilen

Aktuelle Reportage im SPD-Pressediens

Polnische Impressionen 1971 (1. Fortsetzung)

Seite 4 und 5 / 88 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 3, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 28  
Telefax: 886 848/888 847  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Umweltschutz ist Lebensschutz

### Erfüllung einer grundgesetzlichen Verpflichtung

Von Walter Krause SPD-MdL

Innenminister und stellv. Ministerpräsident von Baden-Württemberg

Mit der grundgesetzlich verankerten Verpflichtung zum Schutz und zur Erhaltung des Lebens muß ebenso ernst gemacht werden wie mit der Sozialbindung des Eigentums. Daraus resultiert die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt, bei ihren Entscheidungen das elementare Recht des Menschen auf eine ihm gemäßige Umwelt zu berücksichtigen. Die Gesellschaft muß zu einem Leitbild finden, in dem das gesundheitliche Schicksal der gegenwärtigen und künftigen Generationen nicht hinter dem materiellen Wohlstand zurücktritt.

Der Gesellschaft muß auf Grund einer nüchternen, rational geführten Diskussion die Dimensionen des Problems vor Augen geführt werden. Es muß deutlich gemacht werden, daß die Steigerung des Sozialprodukts nicht um jeden Preis vertretbar ist. Auch eine ungehemmte Konsumsteigerung ist kein echter Fortschritt. Das Konsumverhalten muß sich mehr als bisher an den Erfordernissen des Umweltschutzes ausrichten; jeder Einzelne muß in seinem Bereich "umweltbewußt" handeln. Das bedeutet manches Opfer, auch in finanzieller Hinsicht. Die Bewältigung der Umweltprobleme hängt weitgehend davon ab, wieviel sich die Gesellschaft eine lebenswerte Umwelt kosten läßt. Allgemein muß der Grundsatz gelten, daß derjenige, der die Umwelt belastet, die Kosten der Beseitigung dieser Beeinflussung zu tragen hat ("Verursachungsprinzip"). Die Gesellschaft muß aber z.B. auch lernen, mit Umweltschutzanlagen - Kläranlagen, Müllverbrennungsanlagen, Altölverbrennungsanlagen u.a. - zu leben, auch wenn sie sie lieber in der Nachbargemeinde sähe. Diese Anlagen würden gerade zum Schutz der Umwelt so errichtet, daß Störungen möglichst gering bleiben.

Die Industrie muß bereit sein, den technischen Fortschritt bewußt in den Dienst der Umweltgestaltung und -erhaltung zu stellen. In diesem Bereich der "Umweltvorsorge" kann der Gesetz-

geber umweltfeindliche Produktionsmethoden und Produkte einschränken oder verbieten; durch steuerliche Maßnahmen kann auch die Entwicklung umweltschonender Techniken "vorprogrammiert" werden. Eine Intensivierung der Bemühungen um die Umwelt setzt verstärkte finanzielle Aufwendungen voraus. Dazu ist es notwendig, zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen, weil eine Verschiebung innerhalb der öffentlichen Haushalte zu Gunsten des Umweltschutzes nicht ausreichen wird. Auch in finanzieller Hinsicht muß an eine konsequente Abwendung des Verursachungsprinzips gedacht werden. Solange und soweit eine Umweltbeeinträchtigung nicht beseitigt werden kann, sollte der Verursacher zu einer Abgabe herangezogen werden, mit der die öffentliche Hand Einrichtungen schaffen oder fördern kann, die der Umweltbelastung entgegenwirken. Nach der derzeitigen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern hätte jedes Bundesland die Möglichkeit, vor allem auf den wichtigen Gebieten der Reinhaltung der Gewässer und der Müllbeseitigung eine derartige Abgabe gesetzlich festzulegen.

Die Verwaltung muß unter Beachtung aller Umweltfaktoren in die Lage versetzt werden, jede Entscheidung am ökologischen Gesamtsystem zu orientieren: In den Bereichen Luft, Wasser, Boden- und Kulturpflanzen, Lebens- und Arzneimittel, Naturschutz- und Landschaftspflege, Abfallbeseitigung, Lärmbekämpfung, Strahlenschutz, Erholung und Freizeit sowie Raumplanung. So soll der Umweltschutz zu einem "generellen Planungsmotiv" für die Verwaltung werden. Ein in die mittelfristige Finanzplanung eingebettetes Gesamt-Dringlichkeitsprogramm muß noch hinzukommen.

Die Bedeutung der Raumordnung für den Umweltschutz kann man daraus ersehen, daß der Verlust an freier Landschaft in Baden-Württemberg täglich 17 ha beträgt: Das ist in zehn Jahren etwa die Fläche des neuen Großkreises Esslingen/Nürtingen. Deshalb muß durch die richtige Zuordnung der verschiedenen Siedlungsgebiete z.B. von Industrie-, Gewerbe- und Wohngebieten, vorbeugender Umweltschutz betrieben werden. Um die Beeinträchtigung der Umwelt durch vorausschauende Raumplanung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ist es ferner notwendig, daß die Gemeinden in weit größerem Maße als bisher Flächennutzungspläne aufstellen.

(-/ex/17.8.1971/ks)

\* + \*

Funknotrufsäulen haben sich bewährt

DRK klagt über sinnlose Zerstörungen

Von Horst Seefeld SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Das Deutsche Rote Kreuz führt im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums im Raum Andernach einen langfristigen Modell-Versuch mit Funknotrufsäulen durch. Sieben solcher Funkmelder werden seit dem 29. August 1969 entlang der Bundesstraße 9 erprobt. Bundesverkehrsminister Georg Leber mißt diesem Langzeitversuch eine große Bedeutung bei.

In einer Zeit, in der große Anstrengungen zur Behebung der Misere im deutschen Unfallrettungswesen unternommen werden, um die tragische Jahreszahl von 20.000 Verkehrstoten und die in die Hunderttausende gehende Zahl von Unfallopfern zu verringern, muß die Klage, die das DRK jetzt erhebt, alle Mitbürger alarmieren. Nicht zum ersten Mal wurde nämlich der Modellversuch gestört. Im Vorjahr wurde eine Säule als Zielscheibe von einem Kleinkaliberschützen benutzt und im Frühjahr 1971 erprobte ein anderer Zeitgenosse seine Zerstörungskünste an einer solchen Meldesäule mit einer Bierflasche. In diesen Tagen aber trieben Vandalen eine besondere Art von Zerstörung. Zwei Antennenanlagen wurden abmontiert. Nicht etwa in blinder Zerstörungswut, nein, ganz systematisch und fachgerecht. Mit einem Spezialgerät, einem sogenannten Ringschneider, wurden die Antennen - jeweiliger Wert rd. 300 DM - von Experten abgeschnitten. Jede der beiden Anlagen fiel dadurch für einige Zeit aus. Der Sachschaden beträgt rund 2.000 DM.

Das fällt nicht mehr in die Rubrik 'Dumme-Jungen-Streiche'. Hier haben Interessenten eine gezielte Montage vorgenommen, um sich selbst in den Besitz solcher Antennen zu setzen. Ich finde dieses Verhalten ungeheuerlich und fordere alle Mitbürger auf, durch ihre Aufmerksamkeit denen, die sich gegen die Interessen der Gemeinschaft vergehen, das Handwerk zu legen.

Der Modellversuch Andernach hat sich nach Aussagen des Deutschen Roten Kreuzes und des Bundesministeriums für Verkehr bewährt. Jede Art von Notruf kann erfolgen, z.B. nach Polizei, Krankenwagen, Abschleppdiensten, Werkstätten usw. Die Funkrufsäule ist überall dort richtig am Platz, wo keine Kabel vorhanden sind oder das Verlegen von Kabeln zu teuer wäre. Von den Straßenbauern des Verkehrsministeriums ist außerdem beabsichtigt, an den Neubaustrecken der Bundesautobahnen Funknotrufsäulen zu verwenden, an denen die Errichtung von drahtgebundenen Notrufmeldern nicht möglich ist.

Die Rettung von Menschenleben hängt in hohem Maße von der schnellen Möglichkeit des Meldens von Unfällen ab. Jeder, der solche Meldeeinrichtungen mutwillig zerstört, kann sich am Tod von unfallverletzten Mitbürgern schuldig machen.

(-/ex/17.8.1971/xs)

Aktuelle Reportage im SPD-Pressedienst

Polnische Impressionen 1971 (1. Fortsetzung)

Die Polen-Reise, über die hier berichtet wird, dauerte von Bonn bis Bonn etwa drei Wochen, der Tachometer zeigte zum Schluß rd. 5.000 Kilometer, die Fahrt ging hin über Prag, dann rund um das Land und zurück über Ost- und Westberlin. Der Staat, die Partei, Fremde und Freunde ermöglichten volle Bewegungsfreiheit und jeden Kontakt. Der Bericht versucht, Impressionen unmittelbar aus dem Erleben zu zeichnen.

Erhardt Eckert

Läden und Märkte

Hauptgeschäftsstraße in Kattowitz. Nach des Schlesiens Edward Gierek Parteimachtübernahme die heimliche Hauptstadt Polens. Wenige Meter vom Hotel, einem der modernsten in ganz Polen. Es ist gegen 16 Uhr, die Bürgersteige sind überfüllt, Fußgänger fluten in dichten Strömen dahin. Wie überall: Die Mädchen und die jungen Frauen in fröhlichen Farben, immer Mini-kleider von Superkurze. Eine Augenweide, auch die Gesichter sind froh. Die Männer grau in grau mit meist dunkelfarbigen Hemden. Die Ladenpreise für die besseren Anzüge bewegen sich in Tausender-Zloty-Summen, die man sich nur mühsam leisten kann. Ein Überangebot von Schuhläden mit immer denselben Modellen, denen das moderne Flair fehlt und die nicht immer aus Leder sind. Eine überraschende Entdeckung: Unauffällige Läden, in denen gegen gesalzene Zlotypreise westliche Waren feilgeboten werden, vor allem Textilien, Kleider, Pullover, Strümpfe, aber auch Felze und Elektrorasierer. Der Laden ist überfüllt, die Leute kaufen eifrig und stapeln die Zlotyscheine auf den Tresen. Eine Verkäuferin klärt auf: Wir sind Treuhandverkäufer für Mitbürger, die Pakete aus dem Westen erhalten haben.

Wochenmarkt in Posen. Strudelndes Leben. Stand neben Stand. Textilien, Gemüse, Obst. Ganze Berge an bemerkenswertem Obst. Und bemerkenswerte Preise. Man rechnet schnell um. Welchen Zlotykurs man auch immer nimmt: Die Preise gleichen denen von zuhause. Wir hören, daß die Bauern oder die Händler zügig verkaufen, entweder ihr eigenes Erzeugnis oder direkt vom Erzeuger. Das Risiko geht auf ihre Kappe, die Preise auch. Wir stehen bei einem Stand an. Die Frau antwortet deutsch. Deutsche. Nächste Woche fährt sie nach Deutschland. Bundesrepublik. Sie war schon paarmal drüben, bei der Schwester, beim Schwager. Sie ist immer herzlich willkommen, aber sie bleibt hier, in Posen. Ihrem Sohn

gehts gut. Und sie verdient sich einiges hinzu.

### Student auf hohen Schulen

Die Studenten. Der Rektor der Universität Breslau, ein sehr junger Mann. Die beiden Dekane. Junge Männer. Der Dolmetscher, ein junger Beamter, hört zu. Die Professoren sprechen deutsch. Auf Breslaus Universität, eine der hohen Schulen Breslaus, studieren mehr als 10.000 junge Frauen und Männer. Es werden Jahr für Jahr mehr. Der Gedanke an einen numerus clausus taucht auf. Man nimmt die Sache schon sehr ernst. Vor allem, weil der Zustrom der Mädchen beängstigend hoch wird. Sie schaffen das Abitur sicherer als ihre männlichen Mitschüler. Sie sind fleißiger. Und dann studieren sie. Der Rektor zuckt die Achseln. Sogar Bergbau. Und nehmen den jungen Männern, die man in der Industrie braucht, die Studienplätze weg. Graduierte Bergbauingenieurinnen gibts aber kaum. Auf anderen spezialisierten Technikfächern ist es ähnlich. Und von Medizin und Philosophie völlig zu schweigen. Der Rektor: Und dann heiraten sie eben. Er ist böse.

Mein Bericht über die Universitätsverhältnisse in der BRD interessiert. Der Rektor ist aus eigenem Augenschein gut informiert, der eine Dekan, perfekter Anglist, war lange in Kanada. Die Fragen kreisen um die Hochschulorganisation. Studentenmitbestimmung ist ein heißes Eisen. Sie hören genau zu, die Begriffe sind gegenwärtig. Bei ihnen, in Breslau, in Polen, in dem kommunistisch-progressiven Staat, ist aber die alte Welt doch noch heil. Die Hierarchie, wie seit eh und je, ist unberührt, unangetastet. Der Rektor ist König in seinem Reich, die Dekane seine Kurfürsten. Und wenn die Entwicklung über die Grenzen herüberschlägt, die doch bald einmal offen sein werden? Sagen wir: Offener als heute. Der Rektor schaut prüfend über den Tisch: Das müsste sich erst zeigen. Heute weiß er noch keine Antwort. Irgendwie, meint er, bewegt man sich noch im Kreis, ohne zunächst voranzukommen. Vielleicht sollte es, meine ich, eine Art Vorauslose geben. Aber dieser elitäre Ausweg verträgt sich schlecht mit der Gesellschaftstheorie des Kommunismus. Obwohl allgemein ganz deutlich wird, daß sich allmählich eine neue Gesellschaftsschichtung heranbildet. Akademikersein ist erstrebenswert. Immer wieder erfährt man, daß dieser oder jener Gesprächspartner seine Doktorarbeit macht und viel Zeit darauf verwendet. Eine Art Selbstbestätigung, die aber notwendig zu sein scheint. "Pane Doktore" klingt interessant, gehoben. Man erinnert sich an den Rundgang im Posener Werk: Der Generaldirektor und der Abteilungsleiter-Direktor sprachen einander mit "Pane Direktore" an.

Die Witze haben auch diesen Bereich erfaßt, wie jedes Gebiet Politische Witze zu Hunderten, Tausenden: Wirklich spritzig, zupackend, scharf, versöhnlich. Zum Beispiel der: In den letzten Tagen der Gomulka-Ära. Die Preise wurden erhöht, es gab keinen Kaffee (es gibt allein Dutzende an Kaffeewitzen!). Die Ehefrau am morgen: Ich habe von einem ganzen Berg von Kaffeebohnen geträumt, und oben drauf saß Gott. Sagt der Ehemann: Gott gibts nicht mehr! Sagt die Ehefrau: Und Kaffee gibts?

+ + +

(2. Fortsetzung folgt am 18. August 1971)